Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft Familienrecht

Familien Anwälte
In jeder Beziehung.

Mitgliederversammlung und Herbsttagung
24. bis 26. November 2016
in Nürnberg

Anpassungen im Versorgungsausgleich

Dr. Andreas Holzwarth
Direktor des Amtsgericht
Stuttgart-Bad Cannstatt

Anpassungen im Versorgungsausgleich

DirAG Dr. Andreas Holzwarth

Nürnberg, 25.11.2016

Gliederung

A. Vorbemerkungen

- Zum Wesen des VA und dessen strukturelle Schwächen
- Warum gibt es Anpassungen im VA?

B. Anpassungsfähige Anrechte (§ 32 VersAusglG)

- Anrechte der Regelversorgung
- Kritik an § 32

C. Anpassung (§§ 32-37 VersAusglG)

- wegen Unterhalts (Voraussetzungen; Verhältnis Unterhaltstitel und Anpassung)
- wegen Invalidität
- wegen Todes

D. Verfahrensfragen

- Antrag / Antragsgegner / örtliche Zuständigkeit / Verfahrenswert etc.

A. Vorbemerkungen

I. Das Wesen des VA:

1. VA bezweckt die am **Güterrecht** orientierte **gleichmäßige Teilhabe** der Ehegatten am ehezeitlich erwirtschafteten Vorsorgevermögen (BT-Drs. 16/10144, 29);

➔ Anrechte gelten als gemeinsam erwirtschaftet! VA regelt damit **Teilhabeansprüche**! (→ Grund der strengen Halbteilung).

2. VA will wirtschaftlich schwächerem Ehegatten möglichst **eigenständige Altersvorsorge** verschaffen (BT-Drs. 16/10144, 30) . (→ Halbteilung im Leistungsfall).

A. Vorbemerkungen

II. Strukturelle Stärken u. Schwächen des VersAusglG

➔ 1. Das Grundprinzip der **internen Teilung** (§§ 9, 10 VersAusglG) ist richtig
… wie etwa die interne Teilung fondsgebundener Anrechte idR. zeigt

➔ 2. Das VersAusglG bereitet **Schwierigkeiten** …

a) … bei der Einbeziehung / beim Ausschluss von Anrechten (§ 2)

b) … beim Wegfall von Anrechten (etwa bei Abfindung, Kapitalwahlrecht etc.)

c) … der externen Teilung (§§ 14, 16 u. 17); insbes. Abzinsung zur Barwertbildung

d) … bei Ermessensentscheidungen (etwa §§ 13 u. 18)

A. Vorbemerkungen

III. Wo stehen §§ 32-38 VersAusglG im System des VersAusglG?

➔ Zum Unterschied zwischen „Abänderung“ und „Anpassung“ im VA:

Abänderung = betrifft Fälle, in denen sich der Ausgleichswert rückwirkend ändert

Anpassung = Ausgleichswert bleibt unverändert u. rkr. Entscheidung bestehen. Vorübergehende oder dauernde Aussetzung der VA-bedingten Kürzung des anpassungsfähigen Anrechts

_____

➔ **Warum Anpassungen?**

BVerfG FamRZ 1980, 326: „Der Gesetzgeber muss eine Korrektur vorsehen für Fälle, in denen der VA durch nachträglich eintretende Umstände zu verfassungswidrigen Ergebnissen führt.“ So etwa wenn beim Pflichtigen eine spürbare Rentenkürzung erfolgt, ohne dass sich der Erwerb eines selbst. Versicherungsschutzes beim Berechtigten auswirkt“.

_____

➔ Da eine rechtskräftige VA-Entscheidung vorliegt, spielen Bewertungsfragen (fast) keine Rolle!

Die §§ 32ff sind eigentlich **systemwidrig** und widersprechen Halbteilung

B. Anpassungsfähige Anrechte

Eingeschränkter Anwendungsbereich durch § 32 [Anpassungsfähige Anrechte]:

„Die §§ 33 bis 38 gelten für Anrechte aus

1. der **gesetzlichen Rentenversicherung** einschließlich der Höherversicherung,

2. der **Beamtenversorgung** oder einer anderen Versorgung, die zur Versicherungsfreiheit nach §5 Abs. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch führt,

3. einer **berufsständischen** oder einer anderen Versorgung, die nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zu einer Befreiung von der Sozialversicherungspflicht führen kann,

4. der **Alterssicherung** der **Landwirte**,

5. den **Versorgungssystemen** der **Abgeordneten** und der **Regierungsmitglieder** im Bund und in den Ländern."

➔ Die Aufzählung ist abschließend / Analogie unzulässig (BT-Drs. 16/10144, S. 72)

B. Anpassungsfähige Anrechte

➔Die **Beschränkung** Regelsicherungssysteme ist **verfassungsgemäß**!

[vgl. BGH FamRZ 2013, 189 (zu §§ 32, 33); 2013, 852 (zu §§ 32, 37); 2015, 1104 (IV. Senat zu § 32, 37); **BVerfG FamRZ 2014, 1259 (§§ 32, 33, 37)].**

- §§ 32 ff. „**Privilegien**" **für den Versicherungsnehmer** (obwohl ihm das Anrecht nicht mehr voll zusteht, bekommt er es teilweise „wieder zurück").

  Es ist nach Art. 3 GG unbedenklich, diese Privilegien / zusätzlichen Leistungen (die nicht kostenneutral sind) nur den **staatlichen Regelssicherungssystemen** aufzuerlegen. Gesetzgeber hat Gestaltungsspielraum, welche Anrechte § 32 unterfallen.

- Träger der **ergänzenden Altersvorsorge** müssen eher auf **Äquivalenzverhältnis** zwischen Versicherungs- und vorheriger Beitragsleistung achten!
  Über d. wertneutrale Halbteilung des Anrechts hinaus dürfen dem VersTr. keine zusätzlichen Leistungspflichten und Risiken auferlegt werden (sonsr Verschiebung des vers.math. Gleichgewichts).

- Nach Teilung des Anrechts setzt sich das **Risiko in beiden Anrechtshälften auf eigene Weise** fort. Ausgleichsberechtigter erbringt kein Opfer, weil **lediglich die in der Ehe angelegte materielle Zuordnung rechtstechnisch** nachvollzogen wird.

- Rückabwicklung führt in anderen Systemen zu Schwierigkeiten (exteren Teilung).

B. Anpassungsfähige Anrechte

➔ **Kritik** an § 32 VersAusglG (z.B. Borth FamRZ 2013, 934):

- Das **Versicherungsfallprinzip** werde durch Art. 14 I GG überlagert . Härtefall sei der Eingriff in das erworbene Anrechte des Pflichtigen. Der Pflichtige erbringe ein Opfer, **das nicht mehr dem VA** diene, sondern ausschließlich dem VersTr. zugute komme. Auch sei **VA-Legitimation** mit **Tod des Berechtigten** entfallen (Art. 6I, 3II GG).
- Bei Anpassung wegen Todes treten gar **keine „weitere Versorgungsleistungen"** oder sonst. Risiken auf. VersTr. erbringt max. 36 Monate Leistungen für d. Berechtigten.
- Bei der **ZVdöD** sei eine Differenzierung zu den Anrechten in § 32 I VersAusglG schon deshalb fraglich, weil diese mit Umlagebeiträgen der Zusatzversorgung finanziert würden und alle Vers. erfasse (Ruland, Rn. 932 f.), finanz. Mittel stammen von der öff. Hand.
- **Berufsst. Vers.** werden mit Beiträgen der Vers. finanziert; sie sind allein wegen der Organisationsform in § 32 aufgenommen. **Differenzierungsgrund fraglich** (3 I GG).

➔ Die Frage ist: muss der Gesetzgeber handeln?

C.1 Anpassung wegen Unterhalt (§§ 33, 34 VersAusglG)

§ 33 Anpassung wegen Unterhalt

(1) Solange die ausgleichsberechtigte Person aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine laufende Versorgung erhalten kann und sie gegen die ausgleichspflichtige Person ohne die Kürzung durch den Versorgungsausgleich einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch hätte, wird die Kürzung der laufenden Versorgung der ausgleichspfl. Person auf Antrag ausgesetzt.

(2) Die Anpassung nach Absatz 1 findet nur statt, wenn die Kürzung am Ende der Ehezeit bei einem Rentenbetrag als maßgeblicher Bezugsgröße mindestens 2 %, in allen anderen Fällen als Kapitalwert mindestens 240 % der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV betragen hat.

(3) Die Kürzung ist in Höhe des Unterhaltsanspruchs auszusetzen, höchstens jedoch in Höhe der Differenz der beiderseitigen Ausgleichswerte aus denjenigen Anrechten im Sinne des § 32, aus denen die ausgleichspfl. Person eine laufende Versorgung bezieht.

(4) Fließen der ausgleichspflichtigen Person mehrere Versorgungen zu, ist nach billigem Ermessen zu entscheiden, welche Kürzung ausgesetzt wird.

§ 34 Durchführung einer Anpassung wg. Unterhalt

(1) Über die Anpassung und deren Abänderung entscheidet das Familiengericht.

(2) Antragsberechtigt sind die ausgleichspflichtige und die ausgleichsberechtigte Person. Die Abänderung einer Anpassung kann auch von dem Versorgungsträger verlangt werden.

(3) Die Anpassung wirkt ab dem ersten Tag des Monats, der auf den Monat der Antragstellung folgt.

(4) Der Anspruch auf Anpassung geht auf die Erben über, wenn der Erblasser den Antrag nach § 33 Abs. 1 gestellt hatte.

(5) Die ausgleichspfl. Person hat den Versorgungstr., bei dem die Kürzung ausgesetzt ist, unverzüglich über den Wegfall oder Änderungen seiner Unterhaltszahlungen, über den Bezug einer laufenden Versorgung aus einem Anrecht nach § 32 sowie über den Rentenbezug, die Wiederheirat oder den Tod der ausgleichsberechtigten Person zu unterrichten.

(6) Über die Beendigung der Aussetzung aus den in Absatz 5 genannten Gründen entscheidet der Versorgungsträger. Dies gilt nicht für den Fall der Änderung von Unterhaltszahlungen.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Zweck der **„Anpassung wegen Unterhalts“ (§§ 33, 34 VersAusglG)**

➔ § 33 VersAusglG will der Doppelbelastung durch *Rentenkürzung* und *gesetzl. Unterhaltslast* der ausgleichspflichtigen Person Rechnung tragen
(vgl. BGH FamRZ 2013, 1547; BT 16/10144, S. 72)

Solange der unterhaltsberechtigte Ehegatte aus dem VA noch keine Leistungen bezieht, soll die Leistungsfähigkeit des Ausgleichspflichtigen verbessert werden.

➔Unterhaltsprivileg (§§ 33 , 34) hat große Bedeutung:
regelm. dann, wenn der ältere Ehegatte wirtschaftlich stärker ist und früher berentet wird.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Allgemeine und besondere Voraussetzungen (§§ 32, 33 VersAusglG):

1. **Rechtskräftige Entscheidung** zum „öffentlich-rechtlichen“ (!) Wertausgleich
2. **Anpassungsfähiges Anrecht“** iSd. § 32
3. Ausgleichspflichtiger bezieht eine durch VA **gekürzte Vers. iSd. § 32**
4. Kürzung muss **Wertgrenze** nach § 33 II erreichen (mind. 2% bzw. 240% der Bezugsgröße nach § 18 SGB IV)
5. Ausgleichs**berechtigter** erhält (aus irgend einem) Anrecht noch keine lfd. Versorgung
6. Der **Ausgleichsberechtigter** hat ohne Kürzung **gesetzlichen Unterhaltsanspruch** gegen den Pflichtigen (**fiktive** Berechnung; Titulierung nicht notw.; wenn Titel existiert, kann FamG von tituliertem Betrag ausgehen, BGH FamRZ 2012, 855; nur Ehegattenunterhalt).

→ **Kürzung** wird in Höhe des bei ungekürzter Versorgung besehenden Unterhaltsanspruchs **ausgesetzt** (anders noch § 5 VAHRG)

(Höchstens aber iHv. der Differenz der beiderseitigen Ausgleichswerte von Anrechten iSd. § 32 VersAusglG; § 33 III).
Bei mehreren Vers. iSd. § 32: Ermessen des FamG, welche Kürzung ausgesetzt wird.

→ Auf Basis dieser Kürzung ist der tatsächliche Unterhaltsanspruch zu berechnen.

C.1 Anpassung wegen Unterhalt (§§ 33, 34 VersAusglG)

Zur Durchführung der Anpassung (§ 34 VersAusglG):

1. Zuständig ist das **Familiengericht** (§ 34 I)
2. Antragsberechtigt sind **beide Ehegatten** (§ 34 II), bei Abänderung auch VersTr. (34 VI).
3. **Kein bezifferter Antrag** erforderlich (aber Begründung, § 23 FamFG); es gilt Amtsermittlung
4. Anpassung **wirkt** ab 1. des Monats, der auf die Antragstellung folgt (§ 34 III).
5. Ausgleichspflichtige Ehegatte muss VersTr. den Wegfall oder die Änderung der Unterhaltszahlungen **mitteilen**, ebenso den Rentenbezug des Ausgleichsberechtigten oder dessen Wiederheirat. (§ 34 V).
6. Auf dieser Grundlage kann VersTr. **Aussetzung beenden** (§ 34 VI).
7. **Anpassung** der Aussetzung ist hingegen bei FamG zu beantragen (§ 34 VI 2)

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 1 (Grundfall I nach BT-Drucks. 16/10144; Struktur der Anpassung):

- **M. =** bezieht lfd. gekürzte Rente von (2.750 € – 900 € Kürz. aus VA) = 1.850 €
  + 150 € lfd. Rente (erhalten von **F.** im VA); insges. **2000 €**

- **F. =** hat Erwerbseinkünfte iHv. **1.600 €** (900 € aus VA „kommen noch nicht an")

- **Unterhalt der F** .ohne „Anpassung" nur = [(2.000 € - 1.600) x ½ =] **200 €**
  (ges. Unterhaltspflicht unterstellt)

➔ **F.** kann **Anpassung des Anrechts des M** beantragten, um höheren Unterhalt zu bekommen

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 1:

➔ FamG errechnet zunächst den Unterhaltsanspruch ohne Kürzung des Anrechts iSd. § 32 bei M (allein auf Basis der ungekürzten Vers. des M.).
[(2.750 € – 1.600 €) x ½] = **575 €**

➔ FamG ordnet nun an, dass Kürzung **iHv. 575 €** ausgesetzt wird
(M erhält dann 1.850 € <volle Kürzung> + 575 € <Aussetzungsbetrag> = **2.425 €**)

➔ Auf dieser Basis wird dann der **tatsächliche Unterhalt** ausgerechnet:
- M hat: **2.425** (2.eigene Rente) **+ 150** (aus VA) = **2.575 €**
- F hat : **1.600 €** Einkommen
- Unterhaltsanspruch: [(2.575 – 1.600) x ½ =] **487,50 €**

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 2 (Grundfall II; Höchstgrenze nach § 33 II):

M. = hat lfd. gesetzliche Rente (2.000 € – Kürzung VA 800 €) = 1.200 €
zzgl. übertragenes ges. Anrecht der **F.** aus VA **(+ 400 €**) = **1.600 €**

F. = ist berufstätig und hat **800 €** Nettoeinkommen
(800 € aus VA kommen bei ihr noch nicht an)

Unterhaltanspruch **F. ohne Anpassung** [(1.600 – 800) x ½ =] 400 €

➔ Wie entscheidet das FamG nach einem Anpassungsantrag der **F.**?

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 14:

➔ FamG errechnet fiktiven Unterhaltsanspruch ohne die Kürzung des Anrechts iSd. § 32 [(2.000 € – 800 €) x ½ =] **600 €**

➔ Achtung: hier greift § 33 III Hs. 2 ein:
Kürzung darf **maximal** so hoch sein, wie die Differenz der beiderseitigen Ausgleichswerte der Anrechte nach § 32, aus denen **M.** eine laufende Versorgung bezieht.

Vorliegend = 800 € (Ausgleichswert Anrecht M)
./. 400 € (Ausgleichswert aus VA -Anrecht F)
= 400 € Kürzung maximal

(sonst wäre Aussetzung der Kürzung **höher als der wirtschaftl. Verlust** durch den VA)

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

(Lösung Fall 2 – Teil 2)

➔ FamG ordnet an, dass Kürzung bei M iHv. 400 € ausgesetzt wird.

➔ **Tatsächliche Unterhaltsberechnung**:

M. = 1.200 + 400 = 1.600 € eigenes Anrecht
+ 400 € aus VA (Anr. **F.**) = **2.000 €**

F. = 800 € Einkommen

Unterhaltsanspruch F = [(2.000 – 800) x ½ =] **600 €** (statt 400 € ohne Anpassung)

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Zum Verhältnis Anpassungs- und Unterhaltsverfahren:

➔ Amtsermittlung:
- Unterhaltsverfahren = **Familienstreitsache** (§ 112 FamFG) mit Anwaltszwang und „ZPO-Grundsätzen";
- VA-Verfahren = unterliegt als **FG-Verfahren** der **Amtsermittlung** (§ 26 FamFG)

➔ Bestehender Unterhaltstitel:

1. Grds. darf das FamG vom **titulierten Betrag** ausgehen (BGH FamRZ 2012, 853, 855; OLG Hamm FamRZ 2011, 815; *Wick*, Rn. 873 m.w.N).

2. Dies gilt auch bei not. Scheidungsfolgenvereinb. oder gerichtlichem **Vergleich** Gestaltungsspielraum der Ehegatten ist zu berücksichtigen (§ 1585c S. 1 BGB).

Ist gesetzlicher Unterhalt ersichtlich überschritten (**Manipulation**), muss Gericht eingreifen.

3. Bei theoret. **Abänderungsmöglichkeit** (§§ 238, 239) ist neu zu rechnen.

4. Haben d. Ehegatten einen geringeren als den gesetzlichen Unterhalt vereinbart, so ist die Anpassung der Rentenkürzung doppelt begrenzt auf die **Höhe des fiktiven Unterhalts anspruchs** und auf die **Höhe des vereinbarten Unterhalts**.

➔ Für das Unterhaltsverfahren ist das Verfahren nach §§ 33, 34 VersAusglG vorgreiflich.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 3 (bestehender Unterhaltstitel):

(siehe etwa OLG Frankfurt FamRZ 2012, 1811; 2011, 1595)

01.07.1979: **M.** und **F.** heiraten

30.04.1984: Geburt Tochter **T.**

15.09.2008: **M.** und **F.** werden rechtskräftig geschieden;
VA wird durchgeführt (Quasi-Splitting zug. Ehefrau iHv. 1.189,33 Euro).
M. leistet freiwillig nachehelichen Unterhalt.

01.11.2011: **M.** ist jetzt Pensionär, **M.** und **F.** vereinbaren unbefristete Unterhaltszahlungen des **M.** iHv. 1.270 Euro.

20.05.2012: u. beantragt Aussetzung der Kürzung (akt. dynamisiert = 1.261,94 €).

➔ Im Verfahren wendet der VersTr. ein,

- dass der Unterhaltsanspruch verwirkt sei. F. lebe seit 2 Jahren mit einem neuen Partner ehegleich zusammen § 1579 Nr. 2 BGB);
- dass eine Beschränkung des Anspruchs nach § 1578b BGB in Betracht komme.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 3:

- Kürzung ist in voller Höhe auszusetzen (1.261,94 €), da ein diesen Betrag übersteigender Unterhaltstitel (1.270 Euro) besteht.
- Dass Vergleich der Höhe nach manipuliert oder Abänderung möglich ist, ist nicht ersichtl.
- Gericht darf nicht auf die **Verwirkung** nach § 1579 Nr. 2 BGB (die eine rechtsvernichtende Einwendung ist) nur eingehen, wenn sich Ehegatten darauf berufen (vgl. *Wick* Rn. 874). Zwar ist § 1579 im Unterhaltsverf. vAw. zu berücksichtigen; möglich ist allerdings ist eine sog. konkludente „Verzeihung“ = Verzicht auf § 1579 BGB (vgl. BGH FamRZ 2004, 614).
- Auch § 1578b BGB ist vAw. anzuwenden, wenn die Ehegatten entsprechende Umstände vortragen. Die Norm ist allerdings Ausnahmevorschrift.
  Bei der Frage einer **Beschränkung** / Befristung nach §1578b BGB gegen den Willen der Ehegatten Zurückhaltung geboten (OLG Ffm, FamRZ 2012, 1811); relevant wohl nur bei Schädigungsabsicht zu Lasten des Versorgungsträgers.
  (ohnehin liegt hier eine Befristung bei 26-jähriger, langer Ehe fern).

(➔ Bei der Bestimmung des Unterhaltsanspruchs vAw. darf den Ehegatten nichts „in den Mund gelegt werden).

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 4 (nach BGH FamRZ 2013, 1364); „Vereinbarung“:

- **04.11.2011:** **M.** + **F.** werden geschieden; VA wird durchgeführt.
  Int. Teilung der ÄrzteVers. des **M.** (13,0920 EP/Steigerungszahl) zug. **F.**
  Int. Teilung ges. Anrechte der **F.** (9,4907 EP) zug. **M.**

- **04.11.2011:** Im Scheidungstermin schließen **M.**+ **F.** folgende Vereinbarung:

  „… Der ASt. Überträgt seinen ¼-Miteigentumsanteil an der Immobilie O. auf die Antragsgegnerin zum Ausgleich etwaiger Zugewinnausgleichansprüche sowie Ansprüche der Antragsgegnerin auf nachehelichen Unterhalt.

  Die mögliche Geltendmachung des Unterhaltsprivilegs nach § 33 VersAusglG wird durch die Abfindung der Unterhaltsansprüche der AGin durch diese Vereinbarung nicht berührt. … Die Beteiligten verzichten wechselseitig auf nachehel. Unterhalt..“

  [gefordert hatte F. 500 € neU und 94.000 € Zugewinnausgleich]

- **23.03.2012: M.** beantragt Aussetzung der Kürzung. Er erhält 2.810,41 ./. **915,34 €**= 1.895,07 € Rentenzahlungen aus der Ärzteversorgung. **F.** bezieht noch keine Rentenzahlungen. ➔ *Hat der Antrag Erfolg?*

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 4 (I):

- Antrag hat keinen Erfolg.
- Ein gesetzlicher Unterhaltsanspruch der **F.** ist nicht feststellbar.
- Zwar hat der BGH zu § 5 VAHRG entschieden, dass die Verpflichtete auch bei einer vergleichsweisen Unterhaltsabfindung über den Leistungszeitpunkt hinaus in seiner Lebensführung beeinträchtigt ist (etwa durch Darlehen oder Verzicht auf Vermögenserträge). Die Belastungen können im Einzelfall einer fortlaufenden Unterhaltszahlungen gleichstehen (BGH FamRZ 1994, 1171, 1172).

- Ob dies im neuen Recht gilt, hat BGH FamRZ 2013, 1364 hier offen gelassen:
  Haben d. Ehegatten Unterhalts- und Zugewinnausgleichsansprüche durch **vereinbarte Einmalzahlung abgefunden**, kommt eine Anpassung nach §§ 33, 34 jedenfalls dann nicht in Betracht, wenn der auf den Unterhalt entfallende Betrag nicht feststellbar ist.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 4 (II):

Str. ist, ob zu § 5 VHRG ergangene Rspr. auf § 33 VersAusglG übertragbar ist.

a) Bejahend etwa Wick, Rn. 867; Weil FamRB 2013, 277; Borth Rn. 1089;
- Trotz Unterhaltsverzichts ist § 33 anwendbar, wenn **Abfindung** vereinbart;
- Auch Abfindung kann eine wirtschaftliche Belastung sein (unter welchen Vor.?)
- Kürzung auf den Zeitraum beschränkt, für den d. Verpflichtete ohne Abfindung gesetzl. zu Unterhalt verpflichtet wäre.
- Unterhalt muss der Höhe nach auf bestimmte Monate umzurechnen sein.;
- Unterschied „Abfindung" – „lfd. Zahlungen" leuchten nicht ein, Vereinb. sind gewollt

b) Verneinend etwa KG v. 24.10.2012 – 25 UF 50/12; Düsseldorf v. 24.01.2013 – 7 UF 150/12; Gutdeutsch FamRB 2010, 149; FA-FamR/Wagner, 10. Aufl., Kap. 7 Rn. 324; Heiß FamFR 2011, 291, 292;
- §§ 33, 34 gewährten keine „rückwirkende Entlastung";
- Bei Abfindung keine Doppelbelastung „Unterhalt" und „Rentenkürzung";
- nach Unterhaltsverzicht besteht keine gesetzliche Unterhaltspflicht mehr; Pflichtiger muss durch §§ 33 nicht mehr entlastet werden.
- es ist nicht ausreichen, dass irgend eine gesetzliche Unterhaltspflicht besteht; für Anpassung ist nach § 33 ein konkreter Anspruch zu ermitteln.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 5 (nach BGH FamRZ 2013, 1547; „unzumutbare Härte")

- **18.05.1979:** **M.** + **F.** heiraten
- **01.07.2010:** Rechtskräftige Scheidung + VA:
  int. Teilung d. Ärztevers. d. **M.** zug. **F.** (1.346,29 € Ausgl.w.)
  int. Teilung ges. Anrecht der **F.** zug. **M.** (2,6669 EP).
- **20.09.2011:** **M.** und **F.** schließen Unterhaltsvereinbarung. **M.** zahlt bis 2019 mtl. 1.000 €.
- **01.12.2011:** **M.** bezieht Leistungen der ÄrzteVers. iHv. **1.778,59 €** (3.124,88 € gekürzt um 1.346,29 €) + **407,28 €** aus Zusatzversorgung + Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von **10.000 €**.
  F. ist erwerbstätig; Nettoeink. mtl. **1.480,21 €**, noch kein Renteneink.
- **15.12.2011:** **M.** beantragt nach § 33 VersAusglG, die Kürzung seiner Ärzteversorgung iHv. 1.000 € auszusetzen. ➔ Mit Erfolg?

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 5:

Der Antrag hat Erfolg. Die Anpassung nach § 33 VersAusglG **setzt nicht voraus**, dass die **Unterhaltsbelastung** für den Ausgleichspflichtigen eine **unzumutbare Härte** wäre. (BGH FamRZ 2013, 1364; 2013, 1547). Zwar mag dies Grundmotiv der §§ 5, 6 VAHRG gewesen sein. Anknüpfungspunkt des § 33 ist allein der Schutz vor einer Doppelbelastung *Unterhalt – Rentenkürzung. (Es gilt lediglich die Wertgrenze nach § 33 Abs. 2).*

→ Auch bei überdurchschnittlichem Einkommen kann Ehegatten Aussetzung beantragen. Abwägung zwischen den Interessen des Ausgleichspflichtigen und Solidargemeinschaft ist nicht erforderlich.

- **Vgl. auch BGH FamRZ 2013, 189:**

  Die Anpassung nach § 33 I VersAusglG muss sich **nicht auf die Höhe des geschuldeten Unterhalts auswirken**.

  Gesetz *beschränkt* Anpassung lediglich auf die Höhe des gesetzlichen Unterhalts, höchstens jedoch auf die Differenz beiderseitiger Ausgleichswerte

  Eine weitere Einschränkung dahin, dass die Aussetzung der Rentenkürzung außer Betracht bleibt, soweit der Pflichtige auch ohne Kürzung zu Unterhalt verpflichtet ist, gibt es nicht (so aber OLG Ffm FamRZ 2011, 1595; OLG Karlsruhe FamRZ 2012, 452).

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Zum Tenor:

Fall 6 (veinf. nach OLG Ffm FamRZ 2013, 43 und v. 02.12.2013 – 2 UF 293/13):

- **16.02.2012:** Scheidung von **M.** und **F.** + rechtskräftiger VA; u.a. interne Teilung des gesetzl.. Anrechts des **M.** zug. **F.** iHv. 19,2447 EP; und interne Teilung des ges. Anrechts der **F.** zug. **M.** iHv. 1,3238 EP. Die Differenz der Ausgleichswerte beträgt 17,9209 EP (ab 7/2013 = **503,04 €**).
- **19.06.2013:** M. und F. schließen auf Anraten des FamG einen Vergleich über nachehelichen Unterhalt **iHv. 586,37 €. M.** ist bereits Rentner.
- **19.07.2013:** M. beantragt, die Kürzung seiner gesetzlichen Rente ab **01.08.2013**.
- **10.09.2013:** FamG entscheidet wie folgt:

  „Die aufgrund des Beschlusses des FamG …. vorgenommene Kürzung der Versorgung des Antragstellers (….) wird für die Zeit vom 01.08. bis 30.09.2013 in Höhe von 503,04 Euro ausgesetzt.

  Ab dem 01.10.2013 wird die Kürzung der laufenden Versorgung i.H. des Rentenbetrages ausgesetzt, der sich aus dem EP-Wert der Kürzung (17,9209 EP) bei Zugangsfaktor von 1,0 und Rentenartfaktor von 1,0 bei dem jew. im BGBl. veröffentlichten Rentenwert gem. § 63 SGB VO ergibt, der Aussetzungsbetrag beträgt höchstens 568,37 Euro. ➔ ***Ist das korrekt?***

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 6:

- Der gesetzliche Unterhaltsanspruch (586,37 €) ist hier höher als der gesetzliche Kürzungsbetrag (503,04 €), der deshalb voll ausgesetzt werden kann (Anpassungsbetrag = Rentenkürzung). Die Kürzung ist indes dynamisch.

- Laut **OLG Frankfurt** kann in diesem Fall die **Beschlussformel** zur Ermittlung des Anpassungsbetrages **dynamisch** gefasst werden (EP x aRW x pers. Zugangsfaktor), wenn der Unterhaltsanspruch als Höchstbetrag gem. § 33 Abs. 3 VersAusglG aufgenommen wird.

- Anderenfalls läge eine nicht hinnehmbare Härte für den **M.** vor. Er könnte eine Abänderung nur erreichen, wenn die Wertgrenze nach § 48 Abs. 1 FamFG vorläge (5%).

- BGH NJW 2012, 853: unzulässig ist die „Aussetzung iHd. vollen Kürzungsbetrages". Dies sei zu unbestimmt.

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Fall 7 (nach BGH FamRZ 2016, 1438; „befristete oder gestaffelte Aussetzung")

- **27.09.2013** **M**. + **F.** werden geschieden
  VA: Int. Teilung der gesetzl. Anrechte des M. (28.9206 EP an F.) und der F. (4,9091 EP an M.)

- **Vereinbarung**: (entspricht gesetzl. Unterhalt) **M.** zahlt **F. 220 €** mtl. bis 31.12.15; **200 €** bis 31.12.2016 u. **150 €** mtl. bis 31.12.2017 **(§ 1578b BGB**)

- **Mitt. 2015** **M.** bezieht Rene iHv. 1.232,80 € brutto (ohne VA-Kürzung wären es 1.934,18 €);

ab 01.09.2015 M. beantragt die Aussetzung der VA-Kürzung , gestaffelt nach den vereinbarten Unterhaltsbeträgen;
Die DRV ist dagegen: keine Staffelung für künftige Beträge;
Vorauss. nach § 33 könnten auch schon früher wegfallen.

→ Wie ist zu entscheiden?

C.1 Anpassung wegen Unterhalts (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 7:

- **M.** bezieht Anrecht iSd. § 32, das gekürzt wird
- **F.** hat hiervon noch nichts
- für den **fiktiven Unterhaltsanspruch** (ohne Kürzung) dürfen die titulierten **Vergleichsbeträge** zugrunde gelegt werden, da sie offensichtlich dem gesetzlichen Unterhalt entsprechen.
- **Gestaffelte** Aussetzungsbeträge dürfen auch für künftige Zeiträume festgesetzt werden, wenn die hierfür maßgeblichen Umstände bereits **hinreichend voraussehbar** sind.

- Dennoch ist **M.** verpflichtet, die DRV jederzeit über Änderung des Unterhalts – abweichend von dem Vergleich – zu unterrichten (§ 34 V).
- VersTr. kann dann: - selbst Abänderung beantragten (§ 34 II 2, VI 2)
  - ggf. selbst über vorzeitige Beendigung der Anpassung zu entscheiden (§ 34 V, VI 1).

C.2 Anpassung wegen Invalidität oder besonderer Altersgrenze

§ 35 Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze

(1) Solange die ausgleichspflichtige Person eine laufende Versorgung wegen Invalidität oder Erreichens einer besonderen Altersgrenze erhält und sie aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht keine Leistung beziehen kann, wird die Kürzung der laufenden Versorgung auf Grund des Versorgungsausgleichs auf Antrag ausgesetzt.

(2) § 33 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Die Kürzung ist höchstens in Höhe der Ausgleichswerte aus denjenigen Anrechten im Sinne des § 32 auszusetzen, aus denen die ausgleichspflichtige Person keine Leistung bezieht.

(4) Fließen der ausgleichspflichtigen Person mehrere Versorgungen zu, so ist jede Versorgung nur insoweit nicht zu kürzen, als dies dem Verhältnis ihrer Ausgleichswerte entspricht.

§ 36 Durchführung einer Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze

(1) Über die Anpassung, deren Abänderung und Aufhebung entscheidet der Versorgungsträger, bei dem das auf Grund des Versorgungsausgleichs gekürzte Anrecht besteht.

(2) Antragsberechtigt ist die ausgleichspflichtige Person.

(3) § 34 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

(4) Sobald die ausgleichspflichtige Person aus einem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht eine Leistung im Sinne des § 35 Abs. 1 beziehen kann, hat sie den Versorgungsträger, der die Kürzung ausgesetzt hat, unverzüglich darüber zu unterrichten.

C.2 - Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Zweck der §§ 35, 36:

➔ Vermeidung von **Nachteilen**, die sich aus dem „neuen“ **System** der isolierten Realteilung aller ausgleichspflichtigen Anrechte ergeben können (BT-Drucks. 1/10144, S. 74).

➔ In bestimmten Konstellationen blieb nach den §§ 1587 ff. BGB a.F. „mehr Invalidenrente“.

Bei der Gesamtsaldierung der Anrechte wurde das Anrecht iSd. § 32 früher nicht zwangsläufig zu 50% des Ehezeitanteils, sondern weniger gekürzt. Jetzt wird der Ehezeitanteil stets hälftig gekürzt (eine auszugleichende Versorgung wegen Invalidität wird also „stärker“ beansprucht).

➔ Hat der Ausgleichspflichtige einen leistungsrechtlichen Nachteil, weil er aus dem im VA erworbenen Anrecht keine eigenen Leistungen beziehen kann, wird die Kürzung seiner eigenen Anrechte in entsprechender Höhe ausgesetzt.

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Die Ratio der §§ 35, 36 verdeutlicht folgendes **Beispiel:**

M = 1.200 ÄrzteVers.
F = 200 € gRV

Früheres Recht : Ausgleich des hälftigen Saldos: 1.200 € – 200 € = 1.000 € : 2 = 500 €.
➔ M bleiben **700 €** **ÄrzteVers!**

Nach VersAusglG:
M bleiben nach Teilung nur (1.200 : 2 =) **600 €** **ÄrzteVers**
Zzgl. **100 € gRV** (von F)

Wenn M. Innvalide wird (erfüllt aber nur die Leistungsvor. der ÄrzteV):
Früher: **350 €** Invalidenrente (angenommene Höhe 50%)
Künftig: nur **300 €**

➔ Diese Schlechterstellung soll durch Anpassung vermieden werden

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Voraussetzungen und Rechtsfolgen des §§ 35, 36:

1. **Anpassungsfähiges Anrecht** iSd. § 32
2. Ausgleichspfl. Person bezieht gekürzte **Invalidenrente** oder Rente wegen **besonderer Altersgrenze** (Berufssoldaten; Polizeibeamte etc.).
3. Ausgleichspfl. Person kann aus **eigenem** (gekürzten) Anrecht Leistungen erhalten (nicht aber aus einem durch VA zul. des anderen Ehegatten begründeten / übertragenen Anrecht, dessen *Leistungsvoraussetzungen* nicht vorliegen)
4. Kürzung muss **Wertgrenze** nach §§ 35 Abs. 2, 33 Abs. 2 erreichen (mind. 2% bzw. 240% der Bezugsgröße nach § 18 SGB IV)

➔ **VersTr. (!) setzt Kürzung** des Anrechts des Ausgleichspflichtigen auf **Antrag aus** (bis Erreichen der Regelaltersgrenze)

➔ **Die Kürzung** ist nach § 35 Abs. 3 VersAusglG **beschränkt**:
Sie ist höchstens so hoch wie die Ausgleichswerte der Anrechte iSd. §32, aus denen Ausgleichspflichtiger noch keine Leistung beziehen kann.

➔ Bezieht ausgleichspfl. Person mehrere Versorgungen, so ist nach § 35 Abs. 3 VersAusglG jede Versorgung insoweit zu kürzen, als dies dem Verhältnis ihrer Ausgleichswerte entspricht. (→ In § 33 Abs. 4 liegt Heranziehung i. Ermessen des Gerichts).

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Durchführung der Anpassung, § 36:

1. Es entscheidet der **Versorgungsträger** des Anrechts, das gekürzt ist (§ 36 Abs. 1).

2. Antragsberechtigt ist allein die **ausgleichspflichtige Person;**
VersTr. darf später aber Abänderung / Aufhebung der Anpassung vornehmen (Wick Rn. 892)

4. Anpassungsrecht aus § 35 ist **vererblich** und fällt in den Nachlass, wenn der Erblasser schon zu Lebzeiten einen Antrag gestellt hat (§ 36 Abs. 3, 34 Abs. 4).

5. Bestandskräftige Anpassung wirkt ab **1. des Monats**, der auf die Antragstellung folgt (§ 36 Abs. 3 iVm. 34 Abs. 3).

6. Ausgleichspflichtigte Person muss VersTr. unverzüglich **unterrichten**, wenn er aus einem im VA erworbenen Anrecht Leistungen iSd. § 35 Abs. 1 beziehen ***kann***. (§ 36 Abs. 4).

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Fall 8 (Grundfall nach BT-Drucks. 16/10144, 74 und Wick, Rn. 896)

- **M.** + **F.** lassen sich scheiden.
- **M.** hat folgende ehezeitliche Anrechte:
  ges. RV: 1.000 € (Ausgleichswert 500 €)
  berufst. Vers.: 200 € (Ausgleichswert 100 €)
- **F.** hat folgende ehezeitliche Anrechte:
  BeamtVers.: 100 € (Ausgleichswert 50 €)
- Nach Durchführung des VA haben **M.** und **F.:**
  M.: ges. RV. (1.000 ./. 500 =) 500 € → jetzt Leistungen wg. EU
  berufst. Vers. (200 ./. 100 =) 100 € → jetzt Leistungen wg. EU
  BVersTG-Anr. 50 € → *noch keine Leistungen!*

  F. (Bundes-)BeamtVers.: 50 € → *noch keine Leistungen!*
  ges. RV: 250 € → *noch keine Leistungen!*
  berufsst. Vers. 100 € → *noch keine Leistungen!*

➔ Wie hoch ist die Anpassung nach § 35 VersAusglG? Anpassung welchen Anrechts?

C.2 Anpassung wegen Invalidität(§§ 35, 36 VersAusglG)

Lösung Fall 8:

- Zwei Anrechte des **M.** wegen Invalidität werden um insgesamt **600 €** gekürzt.
  Aus dem durch den VA übertragenen Anrecht (50 € aus Beamtenanrecht der F.) kann **M.** noch keine Leistung beziehen.
- Die Anpassung ist jedoch nach § 35 Abs. 3 auf den Betrag begrenzt, in dessen Höhe **M.** auf den ihm durch den VA übertragenen Anrechten iSv. § 32 noch keine Leistung bezieht. Dies sind **50 €**.
- Da **M.** zwei gekürzte Anrechte iSd. § 32 bezieht, ist die Aussetzung dieser Kürzung im Verhältnis der jeweiligen Ausgleichswerte auf die beiden Versorgungen zu verteilen (§ 35 Abs. 4):

  gRV: 50 € Kürzungsbetrag x 500 € Rente : 600 <Renten des M. insgesamt> = **41,67 €**
  berufsst. Vers.: 50 € Kürzungsbetrag x 100 € Rente x : 600 <Renten insges.> = **8,33 €**

  (bei verschiedenen Bezugsgrößen kann auf die Rentenwerte abgestellt werden, vgl. *Wick* Rn. 896; Erman/*Norpoth*, § 35 VersAusglG Rn. 9: es ist stets auf die Rentenzahlung abzustellen, da Kapitalwerte verschiedener Anrechte selten vergleichbar sind).

→ Der Versorgungsträger hat also zu ermitteln, ob der Ausgleichspflichtige weitere Versorgungen bezieht. Nach § 4 Abs. 3 besteht dem VersTr. gegenüber Auskunftspflicht.

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Fall 9 (besonderen Altersgrenze):

- **M.** ist Angestellter u. gesetzlich rentenversichert.
- **07.07.2015: M.** + **F.** werden geschieden; VA wird durchgeführt:
  - int. Teilung von 40 EP = **Ausgleichswert 20 EP** x 29,21 € = **584, 20 €**) zulasten der gRV. des **M.** und zug. **F.;**
  - Ausgleich einer Vers. der **F.** iSv. § 32 mit 600 : 2 = **300 €** Ausgleichswert.
- **01.09.2015: M.** beantragt mit **64 Jahren Rentenleist.** → nimmt Abschläge hin; Rente berechnet sich nach § 77 SGB VI Euro mit einem verminderten Zugangsfaktor von [1,0 ./. (17x 0,003=] 0,949 → 554,41 €.
- **01.10.2015: M.** beantragt die **Aussetzung** der Kürzung bei der ges. RV; da er aus dem im VA übertragenen Anrecht noch keine Leistungen beziehen kann (er erfüllt die dortigen Leistungsvor. noch nicht).

  → zu Recht?

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Lösung Fall 9

1. **Gesetzl. Anrecht ist ein anpassungsfähiges Anrecht** iSd. § 32

2. **Bezieht M. eine** Rente wegen **besonderer Altersgrenze**?
   → Ja, vgl. BT-Drucks. 16/1190, S.110: Zur besonderen Altersgrenze gehören alle Leistungen, die vor Erreichen der für das Versorgungssystem geltenden Regelaltersgrenze bezogen werden.
   → *a.A. Borth*, Rn. 1118 <ohne nähere Begründung>.

3. **M.** kann aus dem durch VA zu seinen Gunsten übertragenen Anrecht der **F.** noch keine Leistungen beziehen.

4. Kürzung des Anrechts überschreitet **Wertgrenze** nach §§ 35 Abs. 2, 33 Abs. 2.

➔ Anpassung geht durch; sie ist nach § 35 Abs. 3 auf 300 € beschränkt.

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Fall 10 (nach VG Aachen FamRZ 2013, 135 – „kein Leistungsbezug aus VA")

- **M.** war Berufssoldat
- **07.06.2001: M.** + **F.** werden geschieden; VA wird durchgeführt.
  (Abänderung 2009?)
  - Ausgleich iHv. **522,17 €** zul. der Vers. des **M.** und zug. **F.;**
  - für den Ausgleich der ges. Anrechte der **F.** bleibt der schuldrechtliche VA vorbehalten (1,5471 EP). <mangels Ausgleichsreife; unwirtschaftlich, da M. Wartezeit nicht erfülle>
- **30.04.2008: M.** erreicht bes. Altersgrenze, wird in Ruhestand versetzt und bezieht eine (um mind. 522,17 €) gekürzte Versorgung.
- **07.10.2009: M.** beantragt die Aussetzung der Kürzung bei seinem VersTr.; da F. erst 2027 in Rente gehe, könne er seinen schuldrechtlichen Ausgleichsanspruch derzeit nicht geltend machen.
- **30.04.2009**: VersTr. lehnt Kürzung ab; **M.** habe nur schuldrechtliche Ausgleichsansprüche gegen **F.** Das sei kein „im VA erworbenes Anrecht" iSv. § 35 Abs. 1.

➔ Was ist **M.** zu raten?

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Lösung Fall 10:

- **M.** kann Widerspruch erheben (ablehnender Bescheid ist VA)
- Ggf. muss er vor dem VG (Verpflichtungsklage), eröffnet ist der Rechtsweg zur jeweiligen Fachgerichtsbarkeit.
- Die Klage hatte nach VG Aachen Erfolg:

  M. *beziehe ein gekürztes Anrecht bei vorgezogener Altersrente, gleichzeitig könne er noch keine Leistungen aus dem schuldrechtlichen VA erwerben.*

  M. *habe ein „Anrecht im VA erworben" (§ 35 Abs. 1), da ihm ein schuldrechtlicher VA-Anspruch zuerkannt worden sei. Auch der schuldrechtliche VA sei „Teil der Grundrechtspositionen (hier: Teilhabeanspruch) der Ehegatten".*

  Der Kürzungsbetrag ist nach § 35 Abs. 3 auf 1,5471 EP = ***42,50 €*** *beschränkt.*

  Da ***M.*** *mit Ablauf des 30.04.2012 die allg. Altersgrenze erreiche, sei die Kürzung nur bis dahin auszusetzen.*

➔ Gegen diese Auffassung bestehen Bedenken. Den der bloße „Vorbehalt" schuldrechtlicher Ausgleichsansprüche ist kein VA (u. nicht einmal konstitutiv). Ausgleichsberechtigter muss für § 35 das Anrecht, aus dem noch keine Leistungen fließen, durch richterl. Gestaltungsakt erworben haben.

(vgl. Hoppenz FamRZ 2013, 135; Wick Rn. 894)

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Fall 11 (OLG Düsseldorf FamRZ 2014, 1463 – „Invalidität und Härtefall"; nachfolgend BGH FamRZ 2015, 1004):

- **M.** ist am 25.05.1960 geboren.
- **M.** war seit 01.09.1980 Postbediensteter, seit 01.10.1984 als Beamter.
- 31.03.2004: Dienstunfähigkeit wegen eines Schlaganfalles.
- Zum Ehezeitende 30.04.2012: **Versorgung wegen Dienstunfähigkeit** iHv. **1.548,48 €**
  Ehezeitanteil (01.03.1982 bis 30.04.2012) **1.289,70 €**
  Ausgleichswert: **644,85 €** mtl.
- weiter hat **M.** gesetzl. Anrechte (Ehezeitanteil 2,6266 EP / Ausgleichswert 1.3133 EP)

- **F.** ist am 04.04.1964 geboren.
- Sie hat ehezeitliche gesetzliche Anrechte von 10,5382 EP (Ausgleichswert **5,2691 EP**)
- Seit 30.04.2011 ist **F.** arbeitslos

➔**M.** möchte den VA nach § 27 ausgeschlossen haben / Mit Erfolg?

C.2 Anpassung wegen Invalidität (§§ 35, 36 VersAusglG)

Lösung Fall 11:

- Kein vollständiger Ausgleich nach § 27 VersAusglG: → Wegfall des Rentner- / Pensionistenprivileg zum 31.08.2009 (§ 101 Abs. 3 S. 1 SGB VI aF / § 57 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG aF) ist gesetzlich gewollt und begründet für sich keinen Härtefall (zul. BGH FamRZ 2005, 1004 = entschädigungslos hinzunehmen).

- **Möglich** ist aber eine Kürzung auf den Ausgleichswert, den **F.** ohne Eintritt der Dienstunfähigkeit von **M.** übertragen erhalten hätte:

  Bei Eintritt der Dienstunfähigkeit ändert sich **zeitratierliche Berechnung** zugunsten der **F.:**

  - statt: Ehezeitanteil = $\frac{\textit{erreichbares}\ \text{Ruhegehalt}\ \mathbf{x}\ \text{ruhegehaltsfähige Dienstzeit in der Ehezeit}}{\text{gesamte}\ \textit{erreichbare}\ \text{ruhegehaltsfähige Dienstzeit}}$

    Ehezeitanteil 972,53 €; Ausgleichswert **486,27 €**

  - jetzt: Ehezeitanteil = $\frac{\textit{tatsächliches}\ \text{Ruhegehalt}\ \mathbf{x}\ \text{ruhegehaltsfähige Dienstzeit in der Ehezeit}}{\text{tatsächlich erreichte ruhegehaltsfähige Dienstzeit}}$

    Ehezeitanteil 1.289,70 €; Ausgleichswert **644,85 €**

    Das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit erhält zudem sog. „Zurechnungszeiten".
    (Zeit zwischen DU und 60. LJ wird zu 2/3 berücksichtigt; § 13 BeamtVG).

- Nur wegen „Dienstunfähigkeit" erhält F. eine um 158,58 € höhere Ausgleichsrente, Erhält aber **F.** eine **„unverhältnismäßig hohe Rente" (BGH aaO.),** kann dies über § 27 korrigiert werden (Ausgleich von **486,27** € mtl. = Betrag der ohne Dienstunf. geschuldet wäre).

C.3 Anpassung wegen Tod (§§ 36, 37 VersAusglG)

§ 37 Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person

(1) Ist die ausgleichsberechtigte Person gestorben, so wird ein Anrecht der ausgleichspflichtigen Person auf Antrag nicht länger auf Grund des Versorgungsausgleichs gekürzt. Beiträge, die zur Abwendung der Kürzung oder zur Begründung von Anrechten zugunsten der ausgleichsberechtigten Person gezahlt wurden, sind unter Anrechnung der gewährten Leistungen an die ausgleichspflichtige Person zurückzuzahlen.

(2) Die Anpassung nach Absatz 1 findet nur statt, wenn die ausgleichsberechtigte Person die Versorgung aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht nicht länger als 36 Monate bezogen hat.

(3) Hat die ausgleichspflichtige Person im Versorgungsausgleich Anrechte im Sinne des § 32 VersAusglG von der verstorbenen ausgleichsberechtigten Person erworben, so erlöschen diese, sobald die Anpassung wirksam wird.

§ 38 Durchführung einer Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person

(1) Über die Anpassung entscheidet der Versorgungsträger, bei dem das auf Grund eines Versorgungsausgleichs gekürzte Anrecht besteht. 2Antragsberechtigt ist die ausgleichspflichtige Person.

(2) § 34 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Die ausgleichspflichtige Person hat die anderen Versorgungsträger, bei denen sie Anrechte der verstorbenen ausgleichsberechtigten Person auf Grund des Versorgungsausgleichs erworben hat, unverzüglich über die Antragstellung zu unterrichten. Der zuständige Versorgungsträger unterrichtet die anderen Versorgungsträger über den Eingang des Antrags und seine Entscheidung.

C.3 Anpassung wegen Tod (§§ 36, 37 VersAusglG)

Zweck der §§ 37, 38 VersAusglG:

➔ Die VA-bedingte Kürzung eines Anrechts kann rückgängig gemacht werden, wenn der Ausgleichsberechtigte gestorben ist, ohne nennenswerte Leistungen aus dem VA zu beziehen.

➔ Rückabwicklung ist geboten, weil sich VA weitgehend nur zugunsten der Versichertengemeinschaft auswirken würde
(vgl. bereits BGH FamRZ 1980, 326, 335).

➔ Eine ähnliche, etwas anders gefasste Regelung gab es in § 4 VAHRG;
(Rentenbezug max. 24 Monate; u.U .komplette Rückabwicklung nach BSG> Antragsrecht der Hinterbliebenen)

C.3 Anpassung wegen Tod (§§ 36, 37 VersAusglG)

Voraussetzungen nach § 37 VersAusglG:

1. **Anpassungsfähiges Anrecht** iSd. § 32, das im VA geteilt wurde.
2. **Tod** des Ausgleichsberechtigten
3. Keine **36 Monate** überschreitenden (Versorgungs-)**Leistungen** an den Ausgleichsberechtigten.

➔ VersTr. (!) beseitigt auf Antrag dauerhaft die VA-bedingte Kürzung des Anrechts.

➔ **Beiträge**, die zur Abwendung der Kürzung gezahlt wurden, sind zurückzuzahlen unter Anrechnung gewährter Leistungen (§ 37 Abs. 1 Satz 2).
(gleiches gilt für Beiträge zur Begründung von Anrechten nach § 3b Abs. 1 Nr. 2 VAHRG)

➔ Hat der Ausgleichspflichtige im VA Anrechte iSd. § 32 vom Verstorbenen erworben, so **erlöschen** diese mit Wirksamkeit der Anpassung (§ 37 Abs. 3).

C.3 Anpassung wegen Tod (§§ 36, 37 VersAusglG)

Durchführung der Anpassung, § 38:

1. **Antragsberechtigt** ist nur die **ausgleichspflichtige Person (§ 38 Abs. 1)**.
2. **Zuständig** für die Entscheidung ist der **VersTr.**, bei dem gekürztes Anrecht besteht**.**
3. Anpassung **wirkt ab dem ersten Tag des Monats**, der auf Antragstellung folgt (§§ 38 Abs. 2, 34 Abs. 3).
4. Anpassungsrecht aus § 35 ist **vererblich** und fällt in den Nachlass, wenn der Erblasser schon zu Lebzeiten einen Antrag gestellt hat (§ 38 Abs. 2, 34 Abs. 4).
5. Der Ausgleichspflichtige ist verpflichtet, die **anderen VersTr.**, bei denen er Anrechte der verstorbenen ausgleichsberechtigten Person durch den VA erworben hat, **unverzüglich über Antragstellung zu unterrichten** (§ 38 Abs. 3 Satz 1).
   Der zust. **VersTr. Unterrichtet andere VersTr.** über den Antragseingang und seine Entscheidung (§ 38 Abs. 3 Satz 2).

   Abs. 3 knüpft an die Erlöschensregelung in § 37 Abs. 3 VersAusglG an.

C.3 Anpassung wegen Tod (§§ 36, 37 VersAusglG)

Fall 12 (Wirkung der Anpassung)

- **01.02.2000: M. + F.** werden rkr. geschieden; VA wird durchgeführt.
  Berufst. Vers. des **M.** wird hälftig intern geteilt (2.000 : 2) = 1.000 € Ausgleichswert.
  Gesetzliches Anrecht der **F.** wird intern geteilt 10 EP : 2 = 5 EP
- **07.07.2013: M.** bezieht Altersrente (2.000 € ./. 1.000 € =) 1.000 €
  zzgl. 5 EP x 29,21 €= 146,05 € aus VA
- **01.09.2014: F.** bezieht Altersrente. (→ wie M.)
- **15.04.2015: F.** stirbt (Renten der gRV und die berufst. Vers. werden gestoppt)
- **15.05.2015: M.** erfährt von Tod der **F.**
- **03.06.2015: M.** stellt Antrag nach §§ 37, 38 VersAusglG (will 2.000 € haben).
  er möchte Wegfall seiner Anrechtskürzung ab Mai 2015

  ➔ zu Recht?

C.3 Anpassung wegen Todes (§§ 36, 37 VersAusglG)

Lösung Fall 12 :

- Kürzung des Anrechts des M. fällt nach § 38 Abs. 2 iVm. § 34 Abs. 3 erst ab dem ersten Tag des Monats weg, der auf den Monat der Antragstellung erfolgt.
  → hier ab Juli 2015 *(„ex nunc“* -> Schutz der Versichertengemeinschaft vor Rückabwicklung bei Durchbrechung des Versicherungsprinzips;
  vgl. BT-Drucks. 16/10144, S. 76). Regelung ist verfassungsgemäß, da Grenzen der Rückabwicklung noch im weiten Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers liegen (zB VG München FamRZ 2013, 792; 2011, 1798 Ls; VG Berlin FamRZ 2014, 770).
- Problematisch ist, dass der VersTr. vom Tode der **F.** wusste (die ja bei ihm versichert gewesen ist) und **M.** nicht über seinen Anpassungsrecht informierte.
  Eine konkrete satzungsmäßige Aufklärungspflicht besteht für diese Konstellation nicht. Beratungspflicht besteht im „Massenverfahren“ eher nicht.
  (zur beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht, vgl. OVG Lüneburg FamRZ 2014, 343).
- Anpassug / Wegfall der Kürzung hat zur Folge, dass **M.** auch sein im VA erworbenes ges. Anrecht verliert (§ 37 Abs. 3).

C.3 Anpassung wegen Todes (§§ 36, 37 VersAusglG)

Fall 13 (nach OLG Stuttgart FamRZ 2015, 759; „Abänderung nach Tod eines Ehegatten“ - 1-):

- **27.02.1979:** **M.** + **F.** werden geschieden; VA wird durchgeführt:
  - **M.** hatte Anwartschaft iHv. 761,22 DM bei LBV
  - **F.** hatte Anrecht der gRV iHv. 92,30 DM + verfallb. VBL-Anrecht
  → Quasi-Splitting zul. **M.** und zug. **F.** iHv. 334,46 DM.
- **(vor 2010):** **F.** bezieht Rentenleistungen aus übertragenem Anrecht.
- **(vor 2013**): Tod der **F.** / LBV lehnt Antrag nach § 37 ab (Rentenbez. **F.** > 3 J.).
- **22.01.2013:** **M.** stellt beim FamG Antrag nach § 51 VersAusglG.
  → Unstr.: gesetzl. Anrecht der F. hat sich im Wert verändert (§ 51 II)
- **30.10.2014:** **FamG** stellt fest*: „Ein VA findet mit Wirkung zum 01. Februar 2013 nicht statt“*. (§ 31 Abs. 1 Satz 2, da M. insges. ausgleichspfl.)
  → Ist das richtig?

C.I Abänderung nach §§ 51, 52 VersAusglG

Lösung Fall 13 (→ nach **OLG Stuttgart**):

- Abänderungsvoraussetzungen für die Altentscheidung nach § 51 liegen unstr. vor
- Rechtsfolge: Totalrevision ins neue Recht. „di in den Ausgleich einbezogenen Anrechte werden nach den §§ 9-19 VersAusglG geteilt“.
- **„Problem“**: - Findet bei der Abänderungsentscheidung auch § 31 Abs. 1 Satz 2 VersAusglG Anwendung
  - oder ist hier die Frist in § 37 VersAusglG (max. 36 Monate Leistungsbezug) zu beachten?
- **BGH FamRZ 2013, 1287**: Im Verfahren nach § 51 ist auch die Vorschrift über den Tod eines Ehegatten (§ 31) anzuwenden (da Teil des gesetzlichen Wertausgleichs). § 51 ist dem Änderungsverfahren zuzuordnen, nicht aber dem Anpassungsverf.
- Zweck des § 51 ist es, den VA so durchzuführen, als ob erstmals über ihn entschieden würde. § 37 ist nicht anwendbar.

C.3 Anpassung wegen Todes (§§ 36, 37 VersAusglG)

Fall 14 (nach OLG Schleswig FamRZ 2015, 759; „Abänderung nach Tod“ - 2 -):

- **05.07.1957:** **M**. + **F.** heiraten.
- **27.01.1988:** **M.** + **F.** werden geschieden; VA wird durchgeführt.
  - **M.** hatte Vers.-Anwartschaften iHv. 2.906,57 DM bei FVA S.-H. (1.486,11 €)
  - **F.** hatte Anrecht der gRV iHv. 521,90 DM
  - → Quasi-Splitting zul. **M.** und zug. **F.** iHv 1.192,34 DM (609,63 €).
- **1991 (?)** Rentenbezug der Ehegatten
- **20.06.2013:** **F.** verstirbt.
- **24.02.2014:** **M.** beantragt die Abänderung des öff.-rechtl. VA
  - → Ruhegehaltssatz gesunken (75 auf 71,75 %);
    Sonderzuwendung weggefallen (Ehezeitanteil 1.312,35 €)
- **25.08.2014:** **FamG** bejaht § 51 und ändert Entsch. vom 27.01.1988 ab:
  - Externe Teilung (§ 16) des Vers.-Anrechts des **M.** iHv. 656,18 €
  - Interne Teilung (§ 10) des gRV-Anrechts der **F.** iHv. 7,1648 EP

➔ Dagegen richtet sich die **Beschwerde der DRV Bund**:
„Kein Ausgleich zug. eines verstorbenen Ehegatten.“ ➔ Mit Erfolg?

C.3 Anpassung wegen Todes (§§ 36, 37 VersAusglG)

Lösung Fall 14 **(→** nach **OLG Schleswig** – zugelassene RB ist eingelegt):

- Voraussetzungen für Abänderung nach **§ 51** gegeben (wesentliche Wertänderung der Versorgungsanwartschaft des **M.**, § 51 Abs. 2 VersAusglG iVm. § 225 Abs. 2, 3 FamFG): → jetzt 656,18 € Ausgleichswert statt 743,05 €.
- Im Verfahren nach § 51 ist auch § 31 anwendbar (→ BGH FamRZ 2013, 1287).

a) Allerdings wird „Hin- und Her-Ausgleich“ durch **Einmalausgleich** (Saldo) ersetzt.

b) Im Abänderungsverfahren ist VA an veränderte Verhältnisse anzupassen; ungeachtet des Todes sind auch die **Anrechte des Überlebenden zu teilen**.

c) Hier beträgt der Saldo (656,18 ./. 132,54 =) 532,64 €. Dieser Betrag ist nach § 16 Abs. 1 extern durch Begründung eines ges. Anrechts zug. der Ehefrau zu teilen.

d) Das völlige Absehen von der Teilung **widerspräche § 31 Abs. 2 Satz 1**:
„Überlebende darf durch den Wertausgleich nicht besser gestellt werden, als wenn der VA durchgeführt worden wäre“.

e) Auch müsste sonst jeder Todesfall als Abänderungsgrund abgesehen werden.

➔ **Entscheidung**: *„Im Wege der externen Teilung wird zul… (FVA S.-H.) zugunsten der verst. P. ein Anrecht iHv. Mtl. 523,64 € begründet“.*

D. Verfahrensfragen

Allgemeine Verfahrensgrundsätze

Fall 15: Zum Antragszeitpunkt / Verfahrenseinleitung eines Antrags nach § 33

- **M.** und **F.** werden am 28.07.2014 rkr. geschieden, der VA wird abgetrennt.

- **M.** verpflichtet sich zu Unterhaltszahlungen an **F.** iHv. 1.500 € mtl.

- Am 26.02.2016 beantragt **M.** im VA-Verfahren, die Kürzung der Vers. des **M.** bei der ÄrzteVers. auszusetzen. Er beruft sich auf Verfahrensökonomie.

D. Verfahrensfragen (§§ 33, 34 VersAusglG)

Lösung Fall 15:

Antrag nach §§ 33, 34 ist zurückzuweisen, kann **nicht im Scheidungsverbund oder im Verfahren über den Wertausgleich** gestellt werden. Er setzt denknotwendig rkr. Abschluss des Wertausgleichs voraus! „Anpassung“ ist keine Folgesache für den Fall der Scheidung

(OLG Celle FamRZ 2013, 1313; KG Berlin FamRZ 2013, 137; OLG Stuttgart FamRZ 2014, 1304; **a.A.** OLG Zweibrücken FamRZ 2012, 722 <jedenfalls dann, wenn im Verbund über nachehelichen Unterhalt zu entscheiden ist; dieser sei anhängig von der Kürzung>; OLG Köln FamRZ 2012, 1814; Gutdeutsch FamRZ 2010, 1140, der für Unterhaltsprivileg und Unterhalt einen „kleinen Verbund“ fordert).

Denkbar: Antrag nach § 32 kurz vor Rechtskraft des VA stellen, um so bereits ab Rechtskraft eine Anpassung zu erreichen (*Hauß/Bührer*, VA, 2. Aufl. Rn. 700).

D. Verfahrensfragen

Fall 16: „Antragsgegner / örtliche Zuständigkeit“

M. möchte nach rkr. VA die Aussetzung der Kürzung seines gesetzlichen Rentenanrechts beantragen. Er ist seine geschiedenen Frau **F.** gegenüber unterhaltspflichtig.

M. wohnt in Frankfurt; **F.** wohnt in Köln; die **DRV-Bund** sitzt in Berlin. Die letzte Ehewohnung lag in Düsseldorf.

Wo und gegen wen muss **M.** den Antrag nach §§ 33, 34 VersAusglG stellen?

D. Verfahrensfragen

Lösung Fall 16:

- Vorüberlegung: Wer ist **Antragsgegner**? BGH FamRZ 2016, 1438 = **Versorgungsträge**r

- Sachliche Zuständigkeit des FamG: § 23a I Nr. 1 GVG iVm. § 111 Nr. 7 FamFG

- Örtliche Zuständigkeit: Maßgeblich ist **Rangfolge** gem. § 218 Nrn. 1-3. FamFG

  Nr. 1 = FamG, bei dem **Ehesache anhängig** ist
  Nr. 2 = FamG, in dessen Bezirk **gemeins. gew. Aufenthalt** liegt oder zuletzt lag, wenn ein Ehegatte dort noch lebt.
  Nr. 3 = FamG, in dessen Bezirk **AntragsG gewöhnlichen Aufenthalt** oder **Sitz** hat.

➔ Vorliegend ist das **AG Berlin-Charlottenburg** zuständig (Sitz der DRV Bund / VersTr.)

➔ Häufig fällt Zuständigkeit für Anpassungs- u. Unterhaltsverfahren auseinander.
2 anpassungfähige Anrechte / 2 VersTr. ? Gem. § 5 I Nr. 2 FamFG bestimmt nächsthöheres Gericht die Zust.

D. Verfahrensfragen

Ergänzende Anmerkung zum Antrag:

- **Kein bezifferter Antrag** erforderlich (aber Begründung, § 23 FamFG); es gilt Amtsermittlung

- vgl. aber BGH FamRZ 2016, 1050 (zum Verf. nach § 51 VersAusglG): das **Antragsziel** muss „erkennbar“ sein.

D. Verfahrensfragen

Zum Verfahrenswert nach § 50 Abs. 1 FamGKG

Fall 17 (nach OLG Hamm FamRZ 2015, 954)

M., **F.** und der VersTr. **V.** streiten vor dem FamG über die Kürzung einer laufenden Rente des M. nach § 33 VersAusglG.

Das **FamG** setzt die Kürzung iHv. 750 Euro monatlich aus und setzt den Verfahrenswert auf 1.000 Euro fest

(Mindeststreitwert nach § 50 Abs. 1 Satz 2 FamGKG: 2.692,27 Euro gemeinsames Nettoeink. x 3 = 8.076,21 Euro x 10 % (nur 1 Anrecht) = 807,62 Euro).

Gegen die Verfahrenswertfestsetzung wendet sich der **RA** des **M.** Er fordert analog § 42 Abs. 1 FamGKG <Auffangwert> die Festsetzung eines Verfahrenswertes von (12 x 267,93 € <wirtschaftliches Interesse der Eheleute> =) 3.115,16 €.

D. Verfahrensfragen

Lösung Fall 17:

- Verfahrenswert **analog § 42 FamGKG** scheidet aus; Verfahren nach §§ 33, 34 ist VA-Sache iSv. §§ 111 Nr. 7, 217 FamFG ist. § 50 FamGKG lex specialis.

- Teile der Rspr. wenden § 50 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 FamGKG an, da ein **"Verfahren nach der Scheidung"** vorliege (20 % des dreifachen Nettoeinkommens; hier 1.778,67 Euro x 3 = 5336,01 Euro x 20 % = 1.067,20 Euro. Der Verfahrenswert wäre auf „bis 1.500 Euro" festzusetzen.
  (→ OLG Hamm FamRZ 2015, 954; OLG Frankfurt FamRZ 2011, 1595; OLG Karlsruhe FamRZ 2014, 1805)

- Allerdings bezieht sich § 50 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 FamGKG ausdrücklich auf **„Ausgleichsansprüche nach der Scheidung"**, also § 20 ff. VersAugslG. Es gilt allein § 50 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 FamGKG
  (→ OLG Stuttgart FamRZ 2012, 1972; OLG Schleswig NJW-RR 212, 327).

- Wert kann aber nach **§ 50 Abs. 3** FamGKG aus Billigkeitsgründen heraufgesetzt werden. Vereinzelt ist Orientierung am Unterhaltsverfahren bejaht worden (OLG Stuttgart, aaO.).

D. Verfahrensfragen

Zur **Kostenentscheidung**:

➔ Es entspricht regelm. der Billigkeit, wenn sich die Ehegatten die Kosten des Verfahrens teilen; Anpassung ist im beiderseitigen Interesse.

➔ Es ist unbillig, den VersTr. (= AG) an den Gerichtskosten zu beteiligen (OLG Bamberg FamRZ 2011, 1797)

Beschlussformel könnte lauten:

Die Kosten des Verfahrens tragen der Antragsteller und die weitere Beteiligte Ziff. 1 jeweils zur Hälfte.

oder

Die Gerichtskosten tragen der Antragsteller und die weitere Beteiligte Ziff. 1 jeweils zur Hälfte; eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt (auch die des VersTr.).